

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



AMI BOSSARD GARTENMANN,
PRÄSIDENTIN

E-Mail: bossard@prolibertate.ch

Warum Familienpolitik? Was hat PRO LIBERTATE mit dieser Thematik zu tun? Markus Somm, der stellvertretende Chefredaktor der «Weltwoche» erwähnte vor einem Jahr an unserer Hauptversammlung, dass Medien und Politiker unter Familienförderung die Finanzierung von Kinderkrippen und Tagesschulen verstehen. Die Familie ist der Kern unserer Gesellschaft und dieser Kern ist brüchig geworden, was sich nachteilig auf unsere Gesellschaft auswirkt. Die propagierte staatliche Erziehung von Geburt bis ins Jugendalter kann nicht der Grundstein für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft sein und deswegen greift PRO LIBERTATE mit der Buchautorin Eva Herman aktiv in die Diskussion ein. Eva Herman attackiert die gängigen Thesen des Feminismus mit seinem Selbstverwirklichungswahn. Sie plädiert für eine neue Weiblichkeit zum Wohle des Kindes, der Familie und der Gesellschaft. Dies unterstützen wir. Ich freue mich, wenn Sie an der Hauptversammlung vom 3. März 2007 mitdiskutieren.

Voraussetzungen und Grenzen der Demokratie

— Ein Essay —

VON PROF. DR. IUR. SUZETTE SANDOZ

Zwar gibt es keine exakte Definition von Demokratie¹. Aber man kann heute ohne weiteres sagen, dass ein demokratischer Staat dann ein solcher ist, wenn das Volk ein Staatsorgan ist und als solches an der Machtausübung Teil hat.

Im Grunde genommen reicht allein der Umstand, dass das Volk ein Staatsorgan ist, nicht aus, um von Demokratie zu sprechen. Das Volk muss zusätzlich noch gewisse Voraussetzungen erfüllen und Grenzen einhalten, welche gegen Fehlentwicklungen schützen. Jede Fehlentwicklung eines Staatsorgans führt zwangsläufig zu einer Form des Totalitarismus, wobei der Totalitarismus im Namen des Volkes weder legitimer noch sympathischer ist als derjenige eines voraufklärerischen Despoten. Dementsprechend müssen uns die Voraussetzungen und die Grenzen der Demokratie interessieren.

I. Voraussetzungen für die Demokratie

Als erste Voraussetzung ist zweifellos zu nennen, dass die Menschen lesen und schreiben können. Es handelt sich hier um ein grundlegendes Element jener Freiheit, die allein die Ausübung des freien Willens ermöglicht. Auch dort, wo das Volk nur eine Exekutive oder ein Parlament wählt, ist Lesen und Schreiben zwingend erforderlich, da es sonst zu leicht in die Irre geführt werden kann; das Bild ist gefährlicher als der Text. Ein Land mit einem hohen Anteil an Analphabeten kann man nicht eine Demokratie nennen. Bestenfalls kann man

beispielsweise von Volkswahlen sprechen. Aber der Begriff Demokratie ist von einer so starken Aura umgeben, dass man ihn gern auch falsch und im gegenteiligen Sinn benützt, sobald es sich um allgemeine Angelegenheiten handelt. So braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, dass sich auch die kommunistischen Regimes fast immer als demokratisch bezeichnet haben, was ganz massiv zum Verlust an Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit des Begriffs beigetragen hat.

Lesen und Schreiben können reicht aber nicht aus für eine Demokratie. Man muss auch eine Wahl treffen können oder Entscheidungen fällen gemäss Kriterien, wie sie im Volk allgemein verbreitet sind. Wo dies nicht existiert, herrscht Anarchie oder Unordnung, was ebenfalls zwei Ursachen für den Totalitarismus sind. Dementsprechend ist es nötig, dass im Volk Übereinstimmung über ein Minimum an gemeinsamen Referenzwerten besteht. Diese Referenzwerte entsprechen zweifel-

In dieser Ausgabe

- 3 Woher kommt der Strom im Jahr 2020?
- 4 Moskau: Erdöl und Erdgas als Druckmittel
- 5 Nein zur Einheitskrankenkasse
- 5 Jahresbericht der Präsidentin
Packen wir die nächsten 50 Jahre an ...
- 7 Hauptversammlung 2007
- 8 Zusammenfassung



los dem, was Montesquieu die «Tugend» genannt hat und die er als Kernbereich der Demokratie² bezeichnet hat. Das Wort Tugend ist heute aus der Mode gekommen. Es bleibt trotzdem ein gültiger Begriff, um festzuhalten, dass sich das Volk in der Demokratie auf eine gemeinsame Wertgrundlage abstützen muss, die es auch zu verteidigen und zu vertreten bereit ist, die es zu leben bereit ist. Diese Wertgrundlage bildet übrigens die Legitimation für die Machtausübung in der Demokratie.

Bei diesen Grundwerten handelt es sich um das individuelle Verantwortungsbewusstsein – welches eine anständige und vernünftige Verhaltensweise mit sich bringt –, um den Respekt gegenüber den anderen – welcher die natürlichen Grenzen der individuellen Freiheit in jener der Mitmenschen erkennt – sowie um die Toleranz – welche den Respekt der Meinungsfreiheit sowie der Minderheiten zum Gegenstand hat. Die grosse Schwierigkeit besteht darin, die Grenze zu ziehen zwischen der Toleranz als Zeichen von Charakterstärke und Selbstvertrauen und dem Fanatismus, welcher das Existenzrecht der anderen bestreitet, und drittens der Indifferenz als Ausdruck von Faulheit und auch Feigheit.

Diese Werte sind nicht die Folge, sondern die Voraussetzung für die Entwicklung der Demokratie.

Damit nun ein Volk gemeinsame Werte entwickeln kann, ist offensichtlich eine gemeinsame Kultur notwendig, welche in der Regel auf einer gemeinsamen Vergangenheit beruht, d.h. eine gemeinsame Geschichte. Je stärker ein Volk aus unterschiedlichen Kulturen zusammengesetzt ist, desto schwieriger wird es, gemeinsame Referenzwerte zu finden. Unter solchen Umständen kann es sinnvoll sein, ein Land politisch im Rahmen einer föderalisti-

schen Organisation aufzuteilen, falls die Kulturen eine hinreichende geografische Einheitlichkeit aufweisen. Wenn dies nicht der Fall ist, stellt sich das Problem, bis zu welchem Minimum die gemeinsamen Werte reduziert werden können, während das Volk immer noch eine Demokratie zu den oben genannten Voraussetzungen bildet. Hier kommen wir logischerweise zum Problem der Grenzen der Demokratie.

II. Grenzen der Demokratie

Die grösste Bedrohung für die Demokratie liegt im Verlust der gemeinsamen Wertgrundlagen eines Volkes. Mit diesem Verlust löst sich die selbstverständliche Einhaltung der allgemeinen Regeln auf, welche die Ordnung und somit auch die Freiheit garantieren. Die Ordnung kann nicht mehr gesichert werden, was mit dem aufkeimenden Ruf nach mehr Polizei ebenfalls einen ersten Schritt in Richtung Totalitarismus nach sich zieht.

Diese Bedrohung ist umso gefährlicher und schwerer, als sie die Toleranz ausnützt und damit einen anderen Grundwert der Demokratie; sie beschleunigt die Degeneration dieser Toleranz in Richtung Indifferenz oder Fanatismus. Wenn eine Bevölkerung nicht mehr zu ihren Werten zu stehen wagt, die sie als grundlegend ansieht, weil sie sich vor dem Vorwurf der Intoleranz oder des Fanatismus fürchtet, darf sie nun diese Werte verleugnen und das Feld jenen Werten überlassen, welche sie als unverträglich mit den ihren einschätzt? Darf sie auf ihre Werte verzichten, sei es durch Indifferenz oder dem Frieden zuliebe, oder muss sie nicht im Gegenteil erst recht darauf beharren, dass sie diese Werte verteidigen will, und zwar gegen Wind und Wetter, und dass überhaupt nur jene, welche zu dieser Verteidigung bereit sind, das Ideal einer Demokratie mit ihr teilen können – auch wenn sie damit als intolerant genannt werden könnte? Die Grenze zwischen der Toleranz als einer Zukunftskraft und dem zerstörerischen Fanatismus oder

der tödlichen Krankheit der Indifferenz, diese Grenze ist nicht immer einfach zu ziehen. Vielleicht liegt hier überhaupt die grösste Herausforderung, mit der unsere westlichen Demokratien wegen der Globalisierung konfrontiert sind: Die Vereinigten Staaten liebäugeln mit dem Fanatismus und die europäischen Länder mit der Indifferenz.

¹ Voir Thierry Tanquerel, Les fondements démocratiques de la Constitution in: Thürer/Aubert/Müller (éd.), Droit constitutionnel suisse, 2001, § 18 N. 4.

² Montesquieu (1748), De l'esprit des lois, Garnier-Flammarion 1979, Première Partie, Livre III chap. III, p. 144 et chap. XI, p. 153.



Persönlich: Geboren 1942

Beruf: 1964: lic. iur. (Lausanne); 1974: Dr. iur. (Lausanne)

1.9.86–31.8.90: verschiedene Stellen an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät Lausanne, Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, Schweizer Verfassungsrecht, Zivilprozessrecht

Seit 1. September 1990: ordentliche Professur (Einführung in die Rechtswissenschaften, Familienrecht und Erbrecht)

Akademische Jahre 1990–1992: Sekretärin des Senats

1991–1994: Richterin bei der Eidgenössischen Alkoholrekurskommission

1.1.1999–31.8.2000: Vizevorsteherin der Rechtswissenschaftlichen Fakultät; 1.9.2000–31.8.2002: Vorsteherin der Rechtswissenschaftlichen Fakultät; 1.9.2002–31.8.2003: erneut Vizevorsteherin

Politisch: 1986–1991: Mitglied des Waadtländer Kantonsrates 1991 bis Ende November 1998, Nationalrätin (Mitglied der Kommission für Rechtsfragen 1991–1993, der Sicherheitspolitischen Kommission von 1993–1995, anschliessend erneut der Kommission für Rechtsfragen seit Ende 1995)

Publikationen: mehrere Dutzend wissenschaftliche Artikel und über 200 politische Artikel



■ ■ «Damit nun ein Volk gemeinsame Werte entwickeln kann, ist offensichtlich eine gemeinsame Kultur notwendig, welche in der Regel auf einer gemeinsamen Vergangenheit beruht. ■ ■

(Rütliwiese, Ansprache von Bundesrat Christoph Blocher ablässlich des 65. Jahrestages des Rütli-Reportes vom 25. Juli 1940.)

Woher kommt der Strom im Jahr 2020?

HANSJÖRG SCHNETZER,
MEDIENSPRECHER AXPO, ZÜRICH

Mit den heutigen Produktionsmitteln ist die Stromversorgung der Schweiz längerfristig nicht mehr gesichert. Um einen Stromengpass zu vermeiden, setzt Axpo auf einen vielfältigeren Strommix und auf die Förderung von neuen Energien. In den nächsten 20 Jahren wird Axpo über 5 Milliarden CHF in die Versorgungssicherheit investieren.

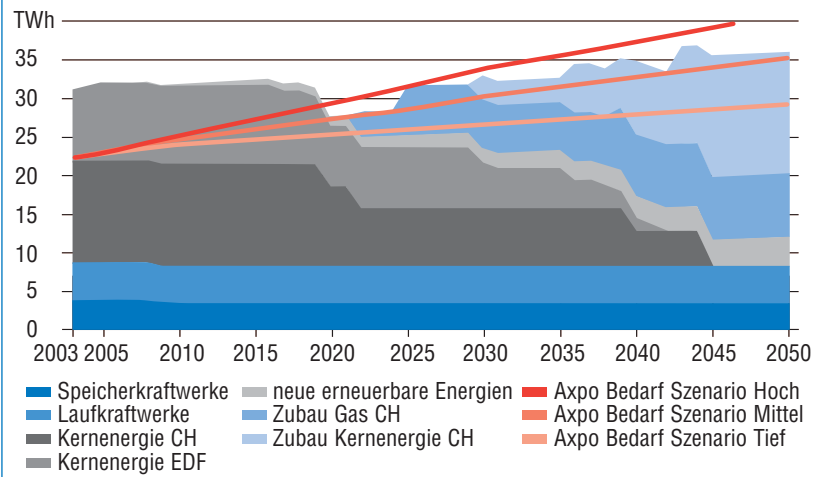
Die Stromimportverträge mit Frankreich laufen ab dem Jahr 2018 kontinuierlich aus. Ab 2020 ist das Ende der Betriebsdauer der ersten Schweizer Kernkraftwerke absehbar. Und das bei einem absehbar steigenden Stromverbrauch in der Schweiz – alleine im 2005 um 2,1 Prozent. Stromengpässe sind in kalten Wintern bereits ab 2012 zu erwarten. Je nach Verbrauchsentwicklung fehlen im Winterhalbjahr 2030/31 bis zu 44 Prozent des Stromverbrauchs. Auch die EU-Länder sehen sich mit einer Unter-versorgung konfrontiert.

weiterhin unternehmerisch und wirtschaftlich sinnvoll und so umweltschonend wie möglich gewährleistet werden? Auf diese und andere dringliche Fragen nach der künftigen Stromversorgung musste die Studie eine Antwort finden. Woher wird der Strom in 15 Jahren stammen? Was kann getan werden, um

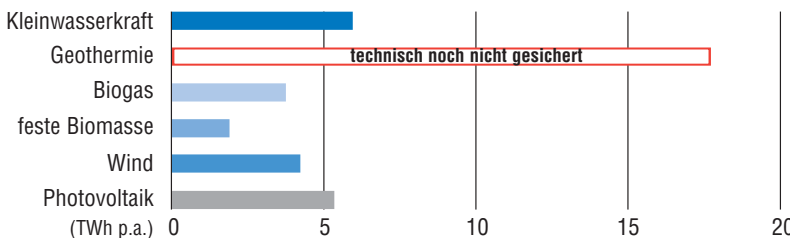
gen beschränkter Leitungskapazitäten keine Vorzugsbehandlung mehr, was Importe zu einer unsicheren und teuren Option werden lässt. Um die Stromversorgung langfristig sicherzustellen, setzt Axpo in erster Linie auf eine breite Diversifikation im Strommix. Das heisst, neben der Wasserkraft und den neuen Energien

Versorgungssicherheit durch Diversifikation

Der zukünftige Axpo-Strommix muss unternehmerisch und wirtschaftlich tragbar sein. Axpo will ihren heutigen Produktionsmix (74% Kernenergie, 26% Wasserkraft) darum breit diversifizieren.



Theoretisches Potenzial neue Energien Schweiz nach 2050



Planung und Bau von neuen Kraftwerken benötigen in der Regel mindestens 7, bei bestimmten Anlagen bis 20 Jahre. Die Branche muss sich darum frühzeitig mit dieser Problemstellung auseinandersetzen. «Wer verantwortungsbewusst sein will, muss handeln», sagt Nick Zepf, Leiter Unternehmensentwicklung bei Axpo. Er war massgeblich an der Ausarbeitung der Studie «Stromperspektiven 2020» beteiligt, die Axpo im Frühsommer 2005 den Medien präsentiert hat. Die 2006 veröffentlichten Studien des Bundesamtes für Energie und des Branchenverbandes VSE kommen zu vergleichbaren Schlüssen.

Versorgungssicherheit hat Priorität

Diesen Auftrag stellt Axpo über alles. Wie kann die Versorgungssicherheit

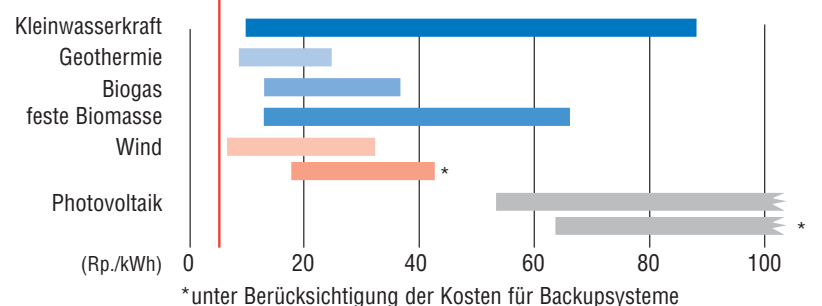
einen Stromengpass zu vermeiden? Welche Energieform hat welche Chancen, welche Risiken? Eines zeichnet sich heute schon klar ab: Mit den neuen Energien kann die Schweiz wie auch Axpo die Stromlücke nicht füllen. Aufgrund neuer EU-Regeln geniessen langfristige Lieferverträge mit dem Ausland we-

müssen bei der Stromproduktion und -beschaffung auch fossilthermische Anlagen in einer Übergangsphase und die Kernenergie zum Zuge kommen. Zur Erhöhung der Stromeffizienz sowie für den sparsamen Umgang mit der Schlüsselenergie Strom ist nicht zuletzt ein gut ausgebautes und gut unterhaltenes Übertragungsnetz nötig. Auch hier wird Axpo beträchtliche Investitionen tätigen.

Neue Energien

Insbesondere Geothermie, Biogas, Biomasse, Wind, Photovoltaik und Kleinwasserkraftwerke wurden eingehend analysiert. «Potenziale für die neuen Energien sind vorhanden», sagt der Experte Zepf dazu. «Sie sind jedoch limitiert und haben

Bandbreite der Produktionskosten bei den neuen Energien



zudem höhere Produktionskosten». Bis ins Jahr 2030 werden diese Energieformen realistisch maximal einen Anteil von 6 Prozent des Stromverbrauchs decken können. Um diesen Anteil im eigenen Strommix zu erreichen, tätigt Axpo grosse Investitionen in neue Energien. So beteiligte sich Axpo am Geothermie-Projekt in Basel, an der Proma Energie AG, der Kraftwerke der Lorze AG und übernahm 49 Prozent an Kompogas. Diese Beteiligungen sind erste Schritte im Aufbau und Ausbau des Geschäftsfeldes «neue Energien». Axpo hat sich das Ziel gesetzt, in der Schweiz die führende Produzentin von Strom aus neuen Energiequellen zu werden.

Stromengpass: Massnahmen von Axpo

- **Förderung von neuen Energien** mit Investitionen von 3 Milliarden CHF bis 2030.
- **Ausbau der Wasserkraft** in den nächsten zehn Jahren für rund 2 Milliarden CHF. Somit wird die Gewinnung von Spitzenenergie aus Speicherkraftwerken gefördert und das Potenzial an Bandenergie aus Flusskraftwerken noch besser genutzt.
- **Sicherung der Stromversorgung** mit dem Bau inländischer Gaskombikraftwerke. Weiter ist die Stromproduktion aus einem neuen

Schweizer Kernkraftwerk als Ersatz für bestehende KKW's vorgesehen. Insgesamt wird der Anteil der Kernenergie am Gesamtstrommix der Axpo auf unter 50 Prozent sinken.

- **Sparsamer Umgang mit Energie** und Erhöhung der Energieeffizienz. Leistungsspitzen sollen reduziert, Netzverluste vermindert und der Wirkungsgrad der Produktionsanlagen gesteigert werden. Zudem baut Axpo Energiedienstleistungen wie Beratung und Contracting aus.
- **Ausbau der Stromnetze** in den nächsten 15 Jahren mit Investitionen von rund 1 Milliarde CHF.

MOSKAU: Erdöl und Erdgas als Druckmittel

DR. IUR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Russland verfügt über die weltgrössten Erdgasreserven und ist weltweit zweitgrösster Öllieferant. Europa bezieht rund 40% seines Gas- und 25% seines Ölbedarfs von dort. Dass Moskau diese wichtigen Rohstoffe auch zur Erpressung einsetzt – wie früher Nuklearraketen und Panzerdivisionen –, erfuhr bereits 1982 ausgerechnet Ost-Berlin: Der Kreml verringerte die vereinbarten Rohöllieferungen, um die DDR weiterhin gefügig zu machen.

Sommer 1990 dann empfahl der niederländische Ministerpräsident, Westeuropa solle in Russland investieren, um andererseits von dort dauerhaft mit Energierohstoffen versorgt zu werden; Motiv war, sich von der Organisation ölexportierender Staaten (OPEC) freier zu machen. Ende 1991 entstand die europäische Energie-Charta, die Moskau zwar 1994 unterschrieb – indes bis heute nicht ratifizierte. Anfang 2006 hatte der Kreml der Ukraine das Gas abgedreht, nachdem diese seine Preiserhöhungen abgelehnt hatte. Erst vor Monaten drohte der Leiter des staatlichen Gazprom-Konzerns – natürlich ein Vertrauter Putins –, Russland könne seine Rohstoffe auch sehr gut nach China, Japan und Indien verkaufen. Jetzt im Januar schloss er die Ölleitung durch Weissrussland. Zugleich wurde die seit Jahren währende Zollfreiheit mit

Minsk beendet; der tiefere Grund hierfür lag in dem bisherigen – unlängst aber aufgegebenen – Ziel des Kremls, mit Weissrussland eine Staatenunion zu schaffen (woran Minsk verständlicherweise keinerlei Interesse hat).

Bekanntlich berührte der Lieferstopp auch die Versorgung mehrerer europäischer Länder. Er dauerte indes lediglich drei Tage, und nirgendwo gab es eine Panik oder auch nur Unruhe. Immerhin führte er bei Politikern zur intensiveren Diskussion über die Sicherheit der Energieversorgung und die Verlässlichkeit Moskaus. Man sollte doch inzwischen wissen, dass der Rohstoffsektor Kernstück der Strategie Putins ist, mit der er Russland auf die Bühne der Supermächte zurückbringen will. Die Frage für den Westen ist allerdings, wie eng man sich mit einer Wirtschaft einlassen sollte, die als eine der korruptesten der Welt angesehen werden muss. Und führt eine engere Allianz mit dem Kreml nicht automatisch zu einer Entfremdung mit den USA?

Bis zum Jahre 2050 dürfte sich der weltweite Energiebedarf wahrscheinlich verfünffachen; China, Indien und auch Brasilien haben eine enorme Nachfrage. Andererseits gehen die Vorkommen in Grossbritannien und Norwegen – sehr wichtig für Europa – zur Neige. Indessen werden Sparen und erneuerbare Energien wie Solarzellen oder gerade auch Offshorewind-

parks die Situation nicht lösen, da sie bei weitem nicht ausreichen: Im Gegensatz zu allen Versprechungen werden in Deutschland bis 2011 nur rund 300 Windkraft-Anlagen gebaut werden können – das entspricht der Leistung eines einzigen Atomkraftwerks, wobei bis dann mindestens vier solcher Werke abgeschaltet werden sollen! Kohle- und Erdgaskraftwerke wiederum stossen das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) aus, der Klimawandel – eine der grössten Herausforderungen der Menschheit – erfordert aber Kohlendioxid-unschädliche Energieprodukte. Diese wiederum ermöglicht die Kernkraft.

Die Folgen des Abschaltens von Atomkraftwerken sollte man sich sehr genau überlegen und gleichzeitig fragen, wie seriös eine Politik ist, die angeblich auf Diversifizierung von Energiequellen setzt, aber die Kernenergie weiter ideologisch ächtet. Es ist ein recht schlechtes Zeichen, dass die Anti-Atom-Haltung inzwischen fast den Rang eines religiös motivierten Tabus hat! In manchen Ländern gibt es jetzt nicht von ungefähr eine Debatte, diesen Ausstieg rückgängig zu machen, da sowohl der Klimawandel als auch die wachsende Energieknappheit mehr als offensichtlich sind. In der Schweiz beläuft sich der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung auf 40%, in Belgien auf 55,1% und in Frankreich sogar auf 78,1%. Die Zeit, in der der Strom knapp wird, kommt jedenfalls näher ...

NEIN zur Einheitskrankenkasse

NATIONALRAT JEAN HENRI DUNANT,
SVP BASEL

Eine sogenannte soziale Einheitskrankenkasse, eigentlich die Einführung der Staatsmedizin, hätte nebst den bekannten Gegenargumenten wie fehlender Wettbewerb, massive Prämienanstiege in Landkantonen, ungehemmte Umverteilung und Desolidarisierung mit Förderung der Zweiklassenmedizin weitere, vordergründig weniger evidente, aber umso schwerwiegendere Nachteile.

Das Kostenbewusstsein der Prämienzahler würde noch weiter geschwächt, jede Schranke gegen die ungehemmte Konsumation medizinischer Leistungen würde dahinfallen. Unweigerlich müssten deshalb **Globalbudgets** erstellt werden. Diese würden die Umsetzung des medizinischen Fortschritts behindern und die Behandlungsqualität senken. Globalbudgets würden den Leistungskatalog unangetastet lassen und es käme infolgedessen zu einem undifferenzierten Spardruck. Globalbudgets in Teilbereichen führen lediglich zu Kostenverlagerungen, nicht zu effektiven Einsparungen. Die administrative Umsetzung würde eine zentralistische Organisation erfordern (über 19 000 Praxen

in der Schweiz). Schliesslich würde es sich um eine Rationierungsform handeln, bei der die Durchführung den Ärzten zugeschoben wird.

Das angestrebte System wäre auch medizinisch nicht gerechter, würde aber jegliche Sparanreize massiv schwächen und neue Probleme, vor allem für die Patienten, schaffen. Die heute bereits entstehende Zweiklassenmedizin würde durch eine Einheitskasse verschärft. Unverantwortbare Ungerechtigkeiten wären die Folge. Da jegliche Anreize zur Kosteneindämmung verloren gingen, würde die Monopolkasse unter Spardruck die Tarife drastisch senken. Viele gute Ärzte, namentlich im operativen Bereich, würden sich aus der Grundversicherung abmelden und nur noch mit Privatversicherungen und mit Privatspitälern zusammenarbeiten. Dies liegt gewiss nicht im Interesse der Klientel der linksgrünen Initianten.

Zu den **einkommensabhängigen Prämien**: In einer Zeit, wo aufgrund von Lohnexzessen einiger weniger der Neid, eine gut schweizerische Eigenschaft, fleissig geschürt wird, könnte es verlockend sein, einkommensabhängige Prämien, also eine Reichtumssteuer zu fordern. Da neben den Krankenkassenprämien schon heute Steuergelder zur Finanzierung der medizinischen Ver-

sorgung beitragen und die Prämienverbilligungen ebenfalls aus Steuern bezahlt werden, wird bereits ein beträchtlicher Betrag mit der Steuerrechnung an die Gesundheitsversorgung bezahlt. Die Belastung orientiert sich also schon heute an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Fixe Prozentsätze bei einkommensabhängigen Prämien hätten eine grotesk hohe Belastung der hohen Einkommen, gleichbedeutend mit einer massiven Reichtumssteuer, zur Folge. Dies würde zu einer totalen Desolidarisierung führen. Ausweichmöglichkeiten gibt es genug. Mehr zahlen als heute müsste der **Mittelstand**, also Leute mit einem Bruttoeinkommen zwischen 80 000 und 120 000 Franken, weshalb für Familien wieder differenzierte Lösungen zu finden wären.

Das Schweizer Stimmvolk hat einer vergleichbaren Vorlage, welche die Abschaffung der einkommens- und vermögensunabhängigen **Kopfprämie** forderte, im Mai 2003 mit nur 27% JA-Stimmen eine deutliche Abfuhr erteilt.

Die vorliegende Initiative, die bei Annahme in erster Linie für die Patienten – und das sind wir alle gelegentlich –, aber auch für den Mittelstand gravierende Folgen hätte, ist entschieden abzulehnen.

Jahresbericht der Präsidentin

Packen wir die nächsten 50 Jahre an ...

AMI BOSSARD GARTENMANN

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Veranstaltungen

Wir haben in diesem Jahre gefeiert und zurückgeblickt, uns jedoch auch kritisch mit der Gegenwart auseinandergesetzt. Drei Veranstaltungen haben dieses Jahr geprägt: die Hauptversammlung mit den interessanten Ausführungen von Markus Somm, stellvertretender Chefredaktor der «Weltwoche» über die Rolle der Medien.

Die Jubiläumsfeier vom 24. Juni 2006 im Berner Rathaus mit der fulminanten Rede von Professor Dr. Franz Jaeger zum Thema: «Die schweizerische Europapolitik aus wirtschaftspolitischer Sicht». Ebenfalls die Berner Regierung überbrachte eine Grussbotschaft.



■ ■ Regierungsrat Urs Gasche. ■ ■

Die Berichterstattung in den Medien fiel eher mager aus, doch dies erschüttert uns nicht mehr, wir sind es ja gewohnt.



■ ■ Professor Dr. Franz Jaeger. ■ ■

Die dritte Veranstaltung, der Besuch des Schlosses Grandson, gekoppelt mit einer Schiffsfahrt auf dem Murtensee, der Vorstellung unserer Ju-

Zusammenarbeit

Nicht nur Privatpersonen, sondern auch Gruppierungen teilen unser Gedankengut. Als Verein sind wir Mitglied bei der Interessengemeinschaft Schweiz – Zweiter Weltkrieg, die von Luzi Stamm geleitet wird. Die Vereinigung setzt sich für die Würdigung der Aktivdienstgeneration und für eine wahrheitsgetreue Darstellung der Zeit des Zweiten Weltkrieges ein.

Auch in der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Armee (AWM) engagieren wir uns zusammen mit anderen Organisationen für eine glaubwürdige und eigenständige Armee. Gute Kontakte pflegen wir zu den Vereinigungen ProTell, Medienpanoptikum und Aktion Aktivdienst.

Finanzen

Die Jahresrechnung wird an der Hauptversammlung vorgelegt und erläutert.

Fürs Jubiläumsjahr haben wir ein Defizit budgetiert und dies auch eingehalten.

Die Einnahmen sind wesentlich tiefer ausgefallen als budgetiert. Diesem Umstand zufolge haben wir uns bei den Ausgaben auch erheblich bemüht, zurückhaltend zu sein. Das Jubiläumsjahr ist nun finanziell abgeschlossen. In den kommenden Jahren dürften wir wieder ausgeglichene Rechnungen präsentieren.

Mitgliederbestand

Die Mitgliederwerbung wird im neuen Jahr Priorität haben, denn der Mitgliederbestand war auch in diesem Jahr leicht rückgängig. Die Neueintritte können den Austritten wegen Alter und Tod kaum standhalten. Immer wieder höre ich, dass Leute PRO LIBERTATE nicht beitreten wollen, weil sie «zu extrem» sei. Fragt man nach, kommen nie konkrete Hinweise auf extremistische Dinge. Offenbar tappen diese Leute in die Falle, welche uns das Kon-

glomerat aus Achtundsechzigern, linken Medienschaffenden und Gutmenschen (unter der Führung ihres Gurus Georg Kreis) stellt. Denn sonst müssten gescheite und vernünftige Bürger erkennen, was PRO LIBERTATE in der Tat ist.

Schlusswort

Ganz herzlich danke ich all jenen, die uns im Jubiläumsjahr 2006 unterstützt haben, und hoffe, dass wir auch in diesem Jahr 2007 auf Sie zählen können. Der Einsatz für eine freie, demokratische und bürgerliche Schweiz ist wichtig.

Schliessen möchte ich mit den Worten von Marie Curie (1867–1934), frz. Chemikerin u. Physikerin 1903 Nobelpreis für Physik, 1911 Nobelpreis für Chemie:

«Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss.»

Wer derart angefeindet wird, hat offenbar etwas Wahres gesagt!

Das erste Mal in der Schweiz!

**Nutzen Sie am 3. März 2007 die Gelegenheit,
mit Eva Herman über unsere Gesellschaft zu diskutieren.**

**Hauptversammlung vom 3. März 2007
um 10.15 Uhr im Hotel Bern, Bern**

(5 Gehminuten vom Hauptbahnhof, Parkhäuser Bahnhof, Metro, Rathaus und Casino in unmittelbarer Nähe)

Eva Herman weckt Emotionen. Aus der Medienwelt hagelt es Kritik. Die ARD verweigerte ihr, als Nachrichtensprecherin in «Talk-Shows» über ihr Buch zu sprechen. So entschloss sie sich, nur noch über ihr Buch zu sprechen, und hängte ihren Job an den Nagel. Sie wagt es, die Rolle der Frau in der heutigen Gesellschaft zu hinterfragen. Die heutige Rolle, wie sie auch in der Politik unterstützt wird, besteht vorwiegend aus beruflicher Tätigkeit und Organisation von Kinderbetreuung, insofern überhaupt noch Kinder vorhanden sind. Was oberflächlich

gesehen gut klingt, bedeutet oft im Alltag für viele Frauen Stress. Sie leiden dauernd unter Zeitmangel, haben zu wenig Zeit für Beruf, Haushalt und Kinder, was für alle Beteiligten unbefriedigend ist. Andererseits beschreibt sie die Karrierefrauen, die irgendwann den Kinderwunsch verspüren und realisieren müssen, dass es zu spät ist. Oft reihen diese sich dann auch in die Gruppe der Unzufriedenen ein. Eva Herman appelliert an die Frauen, das zu tun, was ihrem Wesen entspricht, und sich weder von der Politik noch vom Feminismus gängeln zu lassen.



3 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. «In der Demokratie muss sich das Volk auf eine gemeinsame Wertgrundlage abstützen, welche es auch zu verteidigen bereit ist.»
2. Ohne Strom – keine Zukunft! Wir wollen in der Schweiz keinen Stromengpass. Deshalb ist jetzt zu handeln.
3. 11. März 2007: Einheitskrankenkasse – nein!

und 1 dringender Hinweis

1. Hauptversammlung 3. März 2007, um 10.15 im Hotel Bern in Bern mit Referat von Eva Herman. Melden Sie sich bitte rasch an! Danke.

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

LinksLinksLinksLinks

www.axpo.ch

Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK),
Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW),
Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG (EGL).

www.atomenergie.ch

www.strom-online.ch

www.bfe.admin.ch (Bundesamt für Energie)

www.jean-henri-dunant.ch

www.einheitskasse.ch

www.santesuisse.ch

www.eva-herman.com

Impressum

Redaktion: A. Bossard Gartenmann, M. Gerber

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard Gartenmann (Präsidentin),
3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Alfred M. Zumbrunn, 3645 Gwatt
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 26.1.2007



Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz
interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

1.07

Sie können Spenden

an PRO LIBERTATE

auch in **WIR** tätigen.



**Schon
vorbeigesurft?**

www.prolibertate.ch